

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 38 (1959)
Heft: 7

Rubrik: Chronik des Monats

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

CHRONIK DES MONATS

Innenpolitik

Der Zeitraum unmittelbar vor Beginn der üblichen Sommerpause erhielt durch zwei hochbedeutsame Kongresse eine besondere Note. Am 27. und 28. Juni 1959 führte die Sozialdemokratische Partei der Schweiz als größte Landespartei in der Industriestadt Winterthur ihren Ordentlichen Parteitag und zwei Wochen später der Schweizerische Gewerkschaftsbund, als stärkste Arbeitnehmerorganisation, in Bern einen Außerordentlichen Kongreß durch.

Der sozialdemokratische Parteitag

Den Hauptgegenstand des arbeitsreichen Parteitages bildete naturgemäß die Gestaltung des neuen Parteiprogramms, zumal zum veröffentlichten Entwurf der vorberatenden Kommission und der Parteileitung gegen 200 Anträge von Sektionen vorlagen. Auf das weit in die Parteigeschichte zurückgreifende inhaltsreiche Referat von Nationalrat Dr. Hans Oprecht, Präsident der Programmkommission, folgte eine lange Reihe von Diskussionsvoten schon zur Eintretensfrage, die noch in der Abendsitzung des Samstags mit einem klaren Abstimmungsergebnis eindeutig positiv entschieden wurde. Damit verblieb aber den Delegierten für den Sonntag die gewichtige Aufgabe, die Einzelberatung durch eine ausgesprochene Fleißleistung zu meistern. Als besonderes Merkmal dieses Programmkongresses war das erfreuliche Hervortreten der jüngeren und jungen Kräfte festzustellen. Die Meinungsfreiheit stets respektierend, den tiefen Ernst der Materie immer wieder betonend und doch von Zeit zu Zeit mit einem wohlthuenden Bonmot auflockernd, trug Parteipräsident Bringolf, der die Verhandlungen zum weitaus größten Teil leitete, in einer allseits anerkannten großartigen Leistung zum guten Gelingen des Werkes bei. Mit starkem Beifall nahm der imposante Kongreß, an dem sich 578 stimmberechtigte Delegierte beteiligt hatten, das höchst eindrucksvolle Resultat der Schlußabstimmung entgegen.

Nationalrat Bringolf verblieb für sein Referat zu den bevorstehenden Nationalratswahlen nur noch verkürzte Redezeit, die er nach einer präzisen Markierung der politischen Akzente in einen begeisternden Aufruf ausmünden ließ. So gelangte dieser Parteitag zu einem Abschluß, der die Delegierten nach vielen Stunden anspruchsvoller Arbeit zu einer gewaltigen, lange anhaltenden Ovation hinriß.

Schon die Veröffentlichung des Programmentwurfes hatte in der bürgerlichen Presse verschiedener Spielarten zahlreichen Kommentaren gerufen. Einzelne Meinungsäußerungen beflissen sich rein sachlicher Würdigung; andere kennzeichneten sich durch Verlegenheit oder Voreingenommenheit, und mehrfach nährten sie die stille Hoffnung, die Programmdebatte möge einer Zerreißprobe rufen oder gar eine Spaltung der Sozialdemokratie herbeiführen. Der Parteitag hat allen die schlüssige Antwort gegeben. Die freie Aussprache war gerade durch das Vorherrschen klarer, zukunftsweisender Überlegung und unverkennbaren Willens gekennzeichnet, durch Geschlossenheit der Sozialdemokratie zur Mehrung ihrer Stärke beizutragen. Fehl gingen auch jene, die meinten, das neue Parteiprogramm diene lediglich Wahlzwecken. Gewiß strebte die Parteileitung danach, das neue Programm in diesem Jahre zustande zu bringen; ihrer Meinung nach soll es jedoch, auch wenn kein Parteiprogramm irgendwelcher Richtung auf Ewigkeitswert rechnen kann, weit über die Wahlen hinaus als Fundament sozialdemokratischer Arbeit und Politik dienen und durch seine Verwirklichung der Zielsetzung einer freien sozialistischen Demokratie entgegenführen.

Der Außerordentliche Gewerkschaftskongreß

fand in der Öffentlichkeit unseres Landes ebenso große Beachtung wie der sozialdemokratische Parteitag. Mit Recht, denn auch das gewerkschaftliche Parlament der schweizerischen Arbeiterschaft sah sich vor eine grundlegend bedeutungsvolle Entscheidung gestellt. Die wenig sorgfältig konzipierte Arbeitszeitinitiative des (bürgerlichen) Landesrings hatte, gleichgültig ob als Haupt- oder Nebenzweck, ernsthafte Spannungen und Zwistigkeiten innerhalb der Verbände der freien Gewerkschaften hervorgerufen. Nationalrat Hermann Leuenberger gab als Präsident des Gewerkschaftsbundes das Vorhandensein beinahe krisenhafter Erscheinungen vorbehaltlos offen zu. Daß sämtliche freigewerkschaftliche Verbände die Verkürzung der Arbeitszeit als eines der zentralen Probleme unserer Zeit betrachten und seine Lösung mit aller Kraft zu erkämpfen suchten, war jedem objektiv Urteilenden völlig klar. Umstritten war lediglich die Frage, ob die Arbeitszeitverkürzung, soweit sie sich auf die Arbeitnehmer im privaten Wirtschaftsbereich bezog, maßgeblich auf dem Wege des Gesamtarbeitsvertrages oder auf gesetzlichem Wege zu erstreben sei. Daß auf dem Vertragswege durch gewerkschaftlichen Einsatz in bezug auf die Arbeitszeitverkürzung mit gleichzeitigem Lohnausgleich sehr bedeutende Fortschritte erzielt wurden, konnte auch kein einseitiger Befürworter der gesetzlichen Regelung bestreiten. Der leitende Grundgedanke, die Arbeitszeitverkürzung durch Verhandlungen der maßgebenden gesamtschweizerischen Verbände der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber ver-

traglich zu vereinbaren, damit Grundlagen für das Zustandekommen von Gesamtarbeitsverträgen auch für die Angestelltenschaft zu schaffen und darüber hinaus die Aufnahme fortschrittlicher Arbeitszeitvorschriften in einem Bundesgesetz über die Arbeit zustande zu bringen, richtete sich offensichtlich auf ein hohes Ziel. Er scheiterte an der Rückständigkeit des Gewerbeverbandes. So sah sich der Kongreß vor die außerordentlich wichtige Frage gestellt, über die unzulänglichen Vorschläge der Arbeitgeberkreise einerseits und über die Lancierung einer Arbeitszeitinitiative andererseits zu entscheiden, nachdem sich unmittelbar vorher die Angestelltenverbände bereits für die Initiative ausgesprochen hatten. Mit einer Mehrheit im Verhältnis von zwei zu eins beschloß der Kongreß nach einläßlicher Aussprache auf Antrag der Mehrheit seiner leitenden Organe die Ablehnung der ungenügenden Vorschläge der Arbeitgeberverbände und die Lancierung des im Text bereits vorbereiteten Volksbegehrens. Dessen Konzeption ist nicht so einfach gehalten wie jene der vom Volke mit großer Mehrheit verworfenen Landesring-Initiative. Der Bereich des gewerkschaftlichen Initiativvorschlages ist jedoch viel weiter gespannt und versperrt den Weg vertraglicher Weiterentwicklung nicht. Träger der nunmehr beschlossenen Verfassungsinitiative sind der Schweizerische Gewerkschaftsbund und die Angestelltenorganisationen. Daß die Sozialdemokratische Partei diese Initiative schon bei der Unterschriftensammlung tatkräftig unterstützen wird, erscheint um so weniger fraglich, als der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit von 60 auf 48 Wochenstunden und die Verteidigung des Achtstundentages gegen reaktionäre Anschläge in vergangenen Jahren durch kameradschaftliches Zusammenwirken der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie erfolgreich war. Zweifellos wird diese Initiative im Zeitpunkt, da sie dem Entscheid durch die Stimmberechtigten unterbreitet wird, äußerst scharfe Gegensätze zeitigen. Gewisse bürgerliche Kreise flüchteten sich in die billige Ausrede, die Initianten leisteten mit ihrem Vorgehen der Sozialdemokratischen Partei Wahlhilfe. Auf derlei einfältige oder böswillige Unterschiebungen braucht man im Ernst gar nicht einzugehen. Es handelt sich hier um eine Forderung, deren Bedeutung weit über die Wahlen hinaus reicht und in einem grundsätzlichen Ringen zugunsten des gesamten werktätigen Volkes unseres Landes entschieden werden muß. n.

Außenpolitik

Einige sozialistische Parteien haben kürzlich wichtige Entscheidungen getroffen. — Die Diskussion in der englischen *Labour Party* über die Kernwaffenpolitik der Partei, die sich immer mehr zu einer Auseinandersetzung zwischen Hugh Gaitskell und dem Gewerkschaftsführer Frank Cousins zuspitzte, hat zu einer Klärung der Standpunkte geführt. Die *Labour Party*

lehnt einen einseitigen britischen Verzicht auf die Wasserstoffbombe entschieden ab, schlägt aber die Bildung eines nicht-nuklearen «Klubs» vor, dem mit Ausnahme der USA und der Sowjetunion alle Länder angehören würden. Sollte dies gelingen, was aber allein schon angesichts der beharrlichen Anstrengungen Frankreichs, eigene Atomwaffen herzustellen, kaum wahrscheinlich ist, dann wäre eine Labourregierung bereit, auf eigene Kernwaffen zu verzichten. Ein britischer Verzicht auf Nuklearwaffen wird also nur in Aussicht genommen, falls damit eine Vergrößerung der Zahl der «Atom-Mächte» verhindert werden könnte.

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, *Erich Ollenhauer*, hat erklärt, daß er im Falle eines sozialdemokratischen Wahlsieges *nicht* Bundeskanzler werden wolle. Es ist ja im Laufe der Jahre immer offenkundiger geworden, daß die westdeutschen Sozialdemokraten in kommenden Wahlkämpfen nur gewinnen können, wenn sie eine attraktive und starke Persönlichkeit als Anwärter für die Kanzlerschaft in den Vordergrund stellen. Als kluger, geschickter und ehrlicher Politiker genießt Ollenhauer großes Ansehen; er ist auch ein ausgezeichnete sozialdemokratischer Parteichef. Aber es ist ebenso unbestreitbar, daß Erich Ollenhauer in der Vorstellung des deutschen Volkes nicht dem Typus eines möglichen Bundeskanzlers entspricht. Mit seinem weisen politischen Verzicht hat Ollenhauer seine Stellung als Parteivorsitzender ohne Zweifel wesentlich gefestigt. – Die SPD hat eine siebenköpfige Kommission gebildet, die den Wahlkampf 1961 vorbereiten und eine Art Schattenkabinett aufstellen soll. Dieser Kommission gehören die folgenden prominenten Sozialdemokraten an: Erich Ollenhauer, Max Brauer, Willy Brandt, Georg August Zinn, Carlo Schmid, Fritz Erler und Heinrich Deist.

Am *Kongreß der französischen Sozialistischen Partei* gab es zwar keine sensationellen Entscheidungen, und Guy Mollet wurde als Generalsekretär der SFIO bestätigt; deutlich kam jedoch der Wille zum Ausdruck, sich mehr als bisher von der Regierung Debré zu distanzieren. Die Finanz- und Wirtschaftspolitik Pinays und die Sozialpolitik der gegenwärtigen Regierung lehnen die französischen Sozialisten entschieden ab. Die SFIO ist nicht mit der gesamten Politik de Gaulles einverstanden, will den General aber dort unterstützen, wo er für fortschrittliche Lösungen eintritt.

In *Israel* ist eine Regierungskrise ausgebrochen. David Ben Gurion, der Ministerpräsident der Koalitionsregierung, ist zurückgetreten. Zwischen den Parteien der Linkskoalition – Mapai, Mapam und Achduth Avodah – bestanden schon seit längerer Zeit Spannungen. Die Opposition der linkssozialistischen Parteien Mapam und Achduth Avodah gegen den Waffenexport Israels nach der Bundesrepublik Deutschland hatte den Zusammenbruch der Regierungskoalition zur Folge. – In *Österreich* dagegen konnte die mehr-

wöchige Regierungskrise endlich überwunden werden. Das neue Kabinett Raab-Pittermann ist wiederum eine Koalition zwischen Sozialisten und Volkspartei.

In Berlin wurde *Heinrich Lübke*, der Landwirtschaftsminister der Regierung Adenauer, als Nachfolger von Prof. Theodor Heuß zum neuen Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt.

Die Sozialistische Partei Belgiens hat ihren hervorragenden Präsidenten verloren; ganz unerwartet ist *Max Buset* gestorben. Die belgischen Sozialisten und die internationale Arbeiterbewegung sind um einen zielbewußten und klarsehenden Kämpfer ärmer geworden. – Neuer Präsident der belgischen Sozialistischen Partei wurde *Léo Collard*.

Am 9. Juli wurde *Friedrich Adler*, der langjährige und verdiente Sekretär der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, 80 Jahre alt. Um diesen großen Sozialisten zu ehren, fand in Zürich eine von der SPS organisierte kleine Feier statt, an der auch namhafte Vertreter sozialistischer Parteien aus dem Ausland teilnahmen.

Der zweite Teil der Genfer Außenministerkonferenz hat begonnen. Im Mittelpunkt steht die Berliner Frage. Die Schwierigkeiten, eine für beide Seiten akzeptable Lösung zu finden, erscheinen vorläufig allerdings beinahe unüberwindbar. Die aggressiven Äußerungen Chruschtschews gegenüber Averell Harriman, seinem Moskauer Gesprächspartner, deuten darauf hin, daß die Sowjetunion nicht zum Nachgeben gewillt ist. Für die Russen ist die Berliner Frage zu einer Prestigeangelegenheit ersten Ranges geworden. Der Westen aber kann und darf den unverhüllten Drohungen nicht nachgeben und muß auf seinen Rechten in Berlin beharren. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, der Sozialdemokrat Willy Brandt, hat sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, daß die westlichen Konzessionen bereits die äußerste Grenze darstellen. – Im Gegensatz zum schroffen Ton Chruschtschews hat der in den Vereinigten Staaten weilende sowjetische Vizeministerpräsident Frol Koslow zur Hauptsache einer friedlichen Koexistenz das Wort geredet, ohne allerdings neue Möglichkeiten und Wege aufzuzeigen.

Nachdem der Plan zur Schaffung einer Freihandelszone gescheitert ist, haben sich nun die Experten der «äußeren Sieben» – Großbritannien, Schweden, Norwegen, Dänemark, Österreich, Portugal und die Schweiz – über die *Bildung einer kleinen Freihandelszone* einigen können. Die Ergebnisse der vierzehntägigen Stockholmer Expertenkonferenz werden am 20. Juli von den zuständigen Ministern der sieben Staaten geprüft und diskutiert. Nach dem positiven Verlauf der dänisch-britischen Besprechungen über die Agrarexporte Dänemarks dürften die letzten Hindernisse aus dem Wege geräumt worden sein. (Die dänische Regierung hofft auch auf ein Entgegenkommen Schwedens und der Schweiz.) – Der Plan sieht die schrittweise Beseitigung

der Zölle und Kontingente für industrielle Güter – für die Landwirtschaft ist noch eine besondere Regelung zu treffen – innerhalb von zehn Jahren vor. Am 1. Juli 1960 soll eine erste Zollreduktion von 20 Prozent erfolgen, also parallel mit den Abbaumaßnahmen des Gemeinsamen Marktes. Die Organisation der kleinen Freihandelszone wird denkbar einfach sein; oberste Instanz wird der Ministerrat. – Die kleine Freihandelszone soll keineswegs zu einer neuen Blockbildung führen, sie ist vielmehr als Übergangslösung für einen gesamteuropäischen Zusammenschluß gedacht. B. H.

Blick in die Zeitschriften

Im Mai dieses Jahres hielt *Dag Hammarskjöld*, der Generalsekretär der Vereinten Nationen, an der schwedischen Universität Lund vor Professoren und Studenten einen Vortrag, der – vielleicht schon aus sprachlichen Gründen – außerhalb Schwedens leider nicht die ihm zukommende Beachtung fand. Um so dankbarer sind wir der deutschen Gewerkschaftszeitung *«Druck und Papier»* (Nr. 13), daß sie uns einige wichtige Absätze aus diesem Vortrag in deutscher Übertragung vermittelt. Mit einer Anspielung auf das Deutschlandproblem sagte Hammarskjöld:

«Wie überwältigend uns auch heute manche naheliegende Frage erscheinen mag, so ist es doch möglich, daß die Zukunft der Renaissance Afrikas und Asiens in der historischen Entwicklung weit mehr Gewicht beimessen wird als jenen Problemen, die heute in den Tageszeitungen dominieren. Wir haben uns weit entfernt von jener Welt, die sich einmal im Werke Kiplings oder Sven Hedins abspiegelte. Begegnen wir heute ihrem Werk, so sind wir überrascht darüber, wieviel jene bedeutenden Europäer *nicht* gesehen und *nicht* gehört haben, und wie auch ihre sympathischsten Versuche, in eine andere Gedanken- und Gefühlswelt einzudringen, von einer unreflektierten selbstbewußten Überlegenheit geprägt worden waren.»

Hammarskjöld sagte weiter: «Bei der Begegnung der weißen und der farbigen Völker, dem größten kulturellen und politischen Geschehnis unserer Zeit, ist nicht nur die Welt der Weißen der gebende Teil. Sie kann im Gegenteil ihr Kulturbewußtsein erweitern und mit Gewinn andere Traditionen absorbieren, und das, ohne in das Gefühl der Unruhe und der geistigen Aufsplitterung zu geraten, denen die führenden Schichten der farbigen Völker heute ausgesetzt sind. – In diesem Zusammenhang ist *Solidarität* das große Schlüsselwort, und es ist für mich die Antwort auf die irritierenden Fragen und Reaktionen, denen ich so oft begegne, vor allem bei jenen, die sich in der Vergangenheit verankert haben und die jeden Europäer, der den Verlust der Machtstellung Europas nicht beweint, beinahe als einen Verräter betrachten.»

Wenn man diese Sätze überdenkt, wird man Martin Grill zustimmen, der in *«Druck und Papier»* feststellt, Hammarskjöld gehöre zu den wenigen großen Persönlichkeiten unserer Zeit, die in einer verantwortungsvollen Arbeit nicht erstarren, sondern an ihr wachsen.

*

Unter dem Titel *«Dieser Krieg ist nicht zu gewinnen»* zieht der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete *Peter Blachstein* im *«Vorwärts»* (26. Juni 1959), dem Organ der SPD, das Fazit einer Reise, die er zusammen mit anderen Abgeordneten durch Algerien unternommen hat. Wir müssen uns damit begnügen, einige besonders wichtige Stellen dieser großangelegten Analyse des Algerienproblems zu zitieren: